

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsgebern und in allen Kassen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Zugabe: monatlich drei Haus 2 RM. (halbmönl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft: Geschäftsstelle: Dresden-Alt. Osterbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschluß: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamazeile anschließend an den dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt. Osterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Donnerstag, den 7. Juli 1927

Nummer 156

Unter schwarz-weiß-roter Führung!

Monarchistische Demonstration der Deutschnationalen im sächsischen Bürgerblock-Kabinett
47 Stimmen für das Heldt-Kabinett — Die demokratische Fraktion im Landtag gespalten

Neue Hungerkassen!

Die Beratung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Reichstag. — Genosse Siegfried Rädel brandmarkt die Feinde der Erwerbslosen

Bei der Beratung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Reichstag, am 6. Juli, hat der Abgeordnete Siegfried Rädel in einer groß angelegten Rede die Pläne der Bürgerblockregierung und im besonderen die schamlose Haltung der sozialdemokratischen Führer bei der Beratung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Wir geben die Rede des Genossen Rädel nachstehend im Auszug wieder:

Abgeordneter Siegfried Rädel:

Am die miserabile Lage zu verbessern, in die sich die SPD durch ihr Verhalten beim Zustandekommen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes hineingemauert hat, hat der Abgeordnete Aufhäuser die Tagesordnung geradezu auf den Kopf gestellt. Nicht nur in laienhaften Fragen hat er vielfach die Unwahrheit gesagt; seine Behauptung, die Kommunisten hätten bei der Beratung des Gesetzes im Reichstag einen Ausschuss gebildet, ist eine bewusste Lüge. So hat Herr Aufhäuser den Namen Lügen-Aufhäuser verdient. Die vor mir liegende heute beschaffte Aufstellung des Reichstagsprotokolls und auch der Präsident Eber bestätigt, daß die Kommunisten ja nicht im Ausschuss amnestiert waren. Herr Aufhäuser aber schloß z. B. in der 175. Sitzung, so daß kein Kollege noch die Vertagung der Materie verlangen mußte. Und warum der Schwindler? Man will seine schamlose Haltung damit vertuschen.

Zunächst zur Frage der Verwaltung. Im Jahre 1925 schrieb Toni Sender in der Dresdner Volkszeitung, daß der Verwaltungsrat nichts zu bestimmen habe, die Selbstverwaltung müsse gemacht werden, und damit die Arbeitslosenversicherung einen Rückschritt gegenüber bestehenden sozialen Gesetzen und Verbesserungen bedeute. (Abgeordneter Aufhäuser hat bei den ersten Angriffen auf die SPD geklügelt hatte, dann in den Sitzungsprotokoll zurückgekehrt, steht wiederum aus.) Toni Sender hat die SPD im Ausschuss nicht einen Antrag eingebracht, der die Selbstverwaltung durch die Betroffenen bedeuere. Nicht einen Antrag hat er eingebracht auf die Wahl der Beisitzer, auf die Wahl der Vorsitzenden durch den Verwaltungsausschuss, gegen die Bestellung der Beisitzer durch den Reichstag, gegen die Bestellung der Vorsitzenden gegen die überordnete Behörde. Wir Kommunisten haben die Anträge auf Selbstverwaltung gestellt, und die Sozialdemokraten haben mit dem Bürgerblock gegen die proletarischen Forderungen, für die reaktionäre Verwaltung gestimmt. So sieht die sozialdemokratische Arbeit aus!

Der Spruchlaut beim Reichsversicherungsamt soll nach sozialdemokratischem Antrag zusammengesetzt sein aus einem Präsidenten, einem ständigen Mitglied der Reichsanstalt, einem richterlichen Beamten, einem Unternehmer, insgesamt also aus vier Vertretern der kapitalistischen Interessen auf der einen Seite und einem einzigen Arbeiter auf der anderen Seite. Unsere Anträge dagegen wurden reiflos vom Bürgerblock und der SPD abgelehnt. Herr Aufhäuser mocht es, nach wie vor von Verheißungen zu sprechen.

In der Frage der Arbeitsvermittlung haben wir Kommunisten uns gegen die privaten Arbeitsnachweise gewandt. Der Deutschnationale Lombard, der im Ausschuss gegen solche privaten Arbeitsnachweise war, ist inzwischen, wohl auf Befehl des Reichstags, umgefallen. Unseren Antrag auf Verbot der privaten Arbeitsnachweise hat Herr Aufhäuser samt SPD-Fraktion und Bürgerblock im Ausschuss abgelehnt. Was den wahrheitsliebenden Mann nicht davon abhält, hier das Gegenteil zu behaupten.

Zur Frage der Versicherungspflichtigen steht fest, daß ein großer Teil der Arbeiter, insbesondere die Landarbeiter, und auch andere Gruppen von Arbeitslosenversicherung völlig ausgeschlossen sind. Sobald ein Jahresarbeitsvertrag vorliegt, läßt die Versicherungspflicht vollständig aus. Aber selbst ein Jahresarbeitsvertrag schützt nicht vor plötzlicher Entlassung und damit vor Arbeitslosigkeit. Nach der heutigen Lage wird eine Unterstützung gewährt; nach der Vorlage ist auch das vorbei! Und die SPD spricht von großen Fortschritten.

Wir haben die Forderung der freiwilligen Versicherungs-möglichkeit erhoben. Wie notwendig und berechtigt unsere Forderung ist, soll nur an einem Beispiel bewiesen werden. Ein Arbeiter, der mit irgendwelchen Unternehmungen einen Vertrag als Saisonreisender, wie es häufig vorkommt, abschließt, aber über kurz oder lang feststellen muß, daß er nicht lohnverdiener, wie er Schulden abkühlt und deshalb keine Arbeit erhält, erhält nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz keine Unterstützung mehr. Der Bürgerblock hat die freiwillige Weiterversicherung nur für Angestellte mit einem Jahreseinkommen über 6000 Mark festgelegt. Unseren Antrag, die freiwillige Weiterversicherung generell zuzulassen, hat die Sozialdemokratie mit dem Bürgerblock zusammen abgelehnt.

Zu den Unterstützungssätzen hat Herr Aufhäuser die Zustimmung der SPD proklamiert. Die gesamte Arbeiterklasse ist gegen die Staffeln, gegen die neuen Hungerkassen. Bereits im Ausschuss hat Herr Aufhäuser erklärt, die Arbeiter Deutschlands schüttesten über die kommunistische Forderung auf einheitliche Unterstützung doch nur den Kopf. Wenn das wahr wäre, warum hat dann der Vornarr der Kommunisten den Antrag nicht abgedruckt? Wahrheit ist, daß auf Kosten der Erwerbslosen die Unterstützungssätze herabgesetzt werden.

Die Mißtrauensanträge abgelehnt

In der gestrigen Landtagssitzung wurden die beiden Mißtrauensanträge der Kommunisten und Sozialdemokraten gegen das deutschnationale Heldtkabinett mit 47 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Für das Mißtrauensvotum stimmten die Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. Die Demokraten Claus und Frau Dr. Uhlig-Beil verließen vor der Abstimmung den Saal. Der kommunistische Abgeordnete Siemerz schied infolge Krankheit.

Die Abstimmung im sächsl. Landtag zeigt die schmale Basis des unter Führung der Deutschnationalen stehenden Bürgerblockkabinetts von den Deutschnationalen bis zur KPSD. Das Kabinett verfügt nicht einmal, wie die Abstimmung zeigt, über eine parlamentarische Mehrheit, für die mindestens 49 Stimmen erforderlich sind, geschweige denn über eine außerparlamentarische Plattform. Der Regierung, in der sich KPSD, Deutschnationale, Aufwärtler, Wirtschaftsparteiler und Demokraten zusammengefounden haben, dieser Regierung, die, wie Gen. Böttcher gestern im Landtag richtig feststellte, nur durch Geschäftstüchtigkeit, Korruption, Geizhargelüste und parlamentarischen Kretinismus zusammengehalten wird, fehlt das Volk, auf das sich diese Regierung stützen könnte. Die gestrige Abstimmung zeigt aber nicht nur die parlamentarische Schwäche des neuen Heldtkabinetts, sondern beweist auch aufs neue, daß diese Regierung sich nur zu halten in der Lage ist, weil die sächsischen „linken“ sozialdemokratischen Führer jede außerparlamentarische Aktion der Arbeiter und die Mobilisierung der werktätigen Massen gegen diese Regierung und für die Beseitigung des Landtags abgelehnt haben und somit praktisch das Zustandekommen dieser Regierung ermöglichten.

Das Charakteristische an der gestrigen Landtagssitzung war nicht nur die Abstimmung über das Mißtrauensvotum, sondern auch die Rede des Führers der Deutschnationalen, des Abgeordneten Eberle, der als Vertreter der Parteien des Bürgerblockkabinetts zu Worte kam. Seine Rede war eine einzige monarchistische Programmrede. Er sagte klar und offen, daß die Deutschnationalen nie ein Hehl daraus gemacht hätten, daß die Zeiten der Monarchie die „glücklichsten Zeiten des deutschen Volkes“ gewesen seien, und wenn die Deutschnationalen jetzt in die Regierung eintreten, so nur deshalb, weil sie Zeit hätten, zu warten, „bis sich das deutsche Volk auf das Ideal der Deutschnationalen besinne“. Damit gab Eberle offen zu, daß sie nur aus politischen Gründen und partei-

politischen Geschäftsrücksichten auf ihre monarchistische Dekoration verzichteten und in die Firma der kapitalistischen Republik nur deshalb eintreten, um besser als bisher ihre Interessen zu vertreten. Die Rede und programmatische Erklärung des deutschnationalen Redners bei seiner Stellungnahme zum Heldtkabinett zeigt vor der Arbeiterschaft klar und deutlich den wahren Charakter dieses kapitalistischen Staatsgebildes, für das Eberle allgemeine Unterordnung der Parteien forderte.

Genosse Böttcher, der das kommunistische Mißtrauensvotum begründete, nahm in einer groß angelegten Rede, über die wir an anderer Stelle berichten, zu der Tragikomödie der sächsischen Regierungsbildung Stellung. Das sozialdemokratische Mißtrauensvotum begründete Arzt. Bezeichnend war, daß der Monarchist Eberle als einziger Redner der Bürgerblockparteien zum Wortführer der Regierung gemacht wurde. Das kennzeichnet den Charakter dieses Regierungsgebildes, das sich vollständig im Schlepptau der Deutschnationalen befindet.

Für die sächsische Arbeiterschaft steht nach dem Zustandekommen des Heldtkabinetts die Frage des Kampfes gegen diese Regierung in verschärfter Form. Jetzt erst recht müssen alle Kräfte mobilisiert werden zum Kampf für den Sturz dieser Regierung und zur Beseitigung des Bürgerblocklandtages. In erster Linie kommt es jetzt darauf an, in den Gewerkschaftsorganisationen den Kampf zu organisieren. Nicht einen Augenblick länger dürfen sich die sozialdemokratischen Arbeiter von ihren schwächlichen „linken“ Führern abhalten lassen, gemeinsam mit den Kommunisten durch geschlossene Front diese Regierung zum Teufel zu jagen.

Fort mit dieser Regierung! Fort mit dem Landtag!
Organisierung des außerparlamentarischen Kampfes zum Sturz des Bürgerblocks, das muß die Lösung sein, unter der sich die breiten Schichten der werktätigen Massen zusammenfinden müssen.

Die Staffeln der Unterstützungssätze hat zur Folge, daß etwa 90 Prozent der Frauen, und mehr als 30 Prozent aller Männer in Zukunft weniger Unterstützung erhalten als heute. Die Sozialdemokratie fordert sogar 12 Unterstützungsklassen und erklärt das mit versicherungstechnischen Notwendigkeiten. Die englische Arbeitslosenversicherung, die absolut nicht unseren Anschauungen entspricht, gibt aber immerhin einheitliche Leistungen bei Erhebung einheitlicher Beiträge. Die Sozialdemokratie unterläßt mit ihrer Einstellung nur die Kapitalisten, die an einer Klassifizierung und damit Spaltung der Arbeiterklasse interessiert sind. Besonders töricht ist das sozialdemokratische Gerede über den Rechtsanspruch auf die Versicherung. Warum hat dann die Sozialdemokratie sich nicht für die kommunistische Forderung auf allgemeine staatliche Fürsorge eingesetzt, warum hat sie dann ein Arbeitslosenversicherungsgesetz gefordert und aktiv mitgemacht? Alle diese Widersprüche wird die SPD den Erwerbslosen nicht betruben können.

Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung hat jetzt nicht jeder Erwerbslose, wenn er versichert ist. Er muß vielmehr „arbeitsfähig“ sein, er muß „arbeitswillig“ sein und er muß „unfreiwillig arbeitslos“ sein. Was die Regierung und damit die Bureaucratie der Erwerbslosenversicherung aus diesen drei Schlagworten macht, wie sie sie auslegt, darüber gibt es bei den Arbeitslosen nur eine einheitliche Meinung. Die Unternehmer werfen z. B. ihre alten Arbeiter und An-

Das fällige Dementi

Zu der von uns gestern wiedergegebenen Meldung über die beabsichtigte Erhöhung der Mieten in den Altmohandungen von 100 Prozent erläßt heute das Reichsarbeitsministerium das fällige Dementi. Das Reichsarbeitsministerium läßt erklären, daß die Nachricht jeder Grundlage entbehre, kann aber die Tatsache über das Vorliegen der von uns erwähnten Denkschrift nicht absegnen und muß zugeben, daß in der besagten Denkschrift die Frage der Mietsteigerungen von 100 bis 150 Prozent erwohnen wird. Damit ist das Dementi des Reichsarbeitsministeriums ins rechte Licht gerückt. Es wird mitgeteilt, daß die Denkschrift noch nicht abgeschlossen ist und es handelt sich lediglich um einen Referentenentwurf. Was von solchen Referentenentwürfen zu erwarten ist, hat die arbeitende Bevölkerung nicht nur einmal erfahren, und so kann nur die Ablehnung des Arbeitsministeriums als die Befreiung für unsere Mitbürger über die neuen Mietsummen der Altmohandungen.

gestellten heraus. Die älteren Erwerbslosen müssen sich durch den Vertrauensarzt auf ihre Arbeitsfähigkeit unterziehen lassen. Sind sie nicht mehr arbeitsfähig, dann weiß die Arbeitslosenversicherung die Erwerbslosen an die Invalidenversicherung. Dort werden sie nicht anerkannt, so daß die alten Arbeitslosen schließlich als nicht arbeitswillig bezeichnet, ohne Unterstützung bestehen. Die Bestimmung der „Arbeitswilligkeit“ ist eine niederträchtige Beschimpfung der deutschen Arbeiterschaft.

Dazu kommt noch die unerhörte Bestimmung, daß ein Arbeiter, der nicht unfreiwillig arbeitslos ist, der also an seiner Entlassung angeblich selbst schuld ist, nach diesem Gesetz keine Unterstützung erhält. Auch das ist in den Augen der Sozialdemokratie wohl ein bedeutender Fortschritt!

Unerhört ist der sogenannte Streifparagraf, von dem Aufhäuser hier behauptet, durch die Möglichkeit der Nachprüfung sei eine bedeutende Verbesserung und Milderung eingeleitet. Die wesentliche Bestimmung des Paragrafen ist, daß ein Arbeiter, dessen Arbeitslosigkeit durch Ausstoß oder Aussperrung verursacht ist, keine Unterstützung erhält. Also nicht nur die Ausständigen und Aussperrten bleiben ohne Unterstützung, sondern auch diejenigen, die nicht unmittelbar beteiligt, sondern deren Arbeitslosigkeit dadurch verursacht ist. Die SPD hat gegen unseren Antrag, den Streifparagrafen zu streichen, Hand in Hand mit den Bürgerlichen gestimmt.

In größter Feindschaft stehen wir gegen die Pflichtarbeit der Jugendlichen unter 21 Jahren. Ein bedeutender sozialer Rückschritt liegt darin, daß eine zehnjährige Beschäftigungsdauer die Voraussetzung zur Antwarhaft ist, während es bisher nur 13 Wochen waren. Auch das ist wohl einer der sozialdemokratischen „Fortschritte“?

Die Krisenfürsorge ist wieder in das Geleis hinein-gearbeitet worden. Der Arbeitsminister kann willkürlich die Höhe der Unterstützung und die Einschränkung auf bestimmte Bezugs- oder Bezugsstellen festlegen. Dazu kommt noch die sogenannte Bedürftigkeitsprüfung, die ebenfalls eine Verhöhnung der Arbeiterschaft ist.

Herr Aufhäuser hat gegen die Karenzsatz gesprochen. Im Ausschuss aber hat er einen entsprechenden kommunistischen Antrag niedergestimmt mit der verrückten Begründung, die kommunistischen Anträge dienten nur der Weltrevolution. Vor der gesamten Arbeiterschaft stellen wir fest, daß die SPD gegen unseren Antrag gestimmt hat, der die Unterstützung an alle Arbeitslosen vom ersten Tage der Erwerbslosigkeit verlangt. Wir Kommunisten haben die Aufhäuser-Regierung